

## Europawahl im Zeichen der Krise

Ist DIE LINKE gegen Europa?

Der LINKEN wird von den anderen Parteien vorgeworfen, sie sei gegen Europa. Das ist völlig absurd. Gerade die EU kann Kriege zwischen ihren Mitgliedsländern verhindern. Angesichts der schweren globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Europäische Union gefordert, Maßnahmen zur Bekämpfung und Überwindung der Krise zu ergreifen, die einzelne Staaten allein überforderten. Hierzu müsste zunächst die

neoliberale Lissabon-Strategie der Aufrüstung, des Lohnkosten- und Unternehmenssteuer-Dumpings, der Deregulierung und Privatisierung und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben aufgegeben werden.

Die LINKE befürwortet eine europäische Wirtschaftsregierung, die beträchtliche Möglichkeiten hätte, der Finanzspekulation durch Verbote von Hedgefonds, Leerver-

käufen und Steuervergünstigungen wirksam entgegen zu treten, die Steueroasen auszutrocknen und - auch ohne die USA - eine Börsenumsatzsteuer einzuführen. Und die EU muss und sollte die tiefgreifende Krise mit wesentlich stärkeren Konjunkturprogrammen zur Stärkung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Verkehr, Energie und Infrastruktur sowie zur Stärkung der Binnennachfrage als bisher bekämpfen.

Diese Forderungen müssen gegen die Interessen der Banken, Konzerne und die herrschenden Eliten von der LINKEN gestellt und erkämpft werden. Wer die LINKE wählt, setzt ein wichtiges Signal für ein friedliches und sozial gerechteres Europa, das nicht den Märkten überlassen, sondern politisch gestaltet wird.

G.G.



Gysi über Europawahl, Lissabon-Vertrag und soziale Gerechtigkeit

## Konsequent sozial...

...das ist der Ruf, mit dem DIE LINKE ihren Europawahlkampf in wenigen Tagen eröffnen wird. In Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieser Ruf aktueller denn je. Es ist die eine Seite deutlich zu machen, dass es die Politik der Bundesregierungen aus SPD, CDU, FDP und Grünen war, mit der den Menschen das Geld aus der Tasche gezogen wurde, das skrupellose Bankmanager anschließend in unvorstellbarer Höhe verspekulierten. Vielleicht ist es auch notwendig maroden Banken jetzt erneut das Geld des Steuerzahlers zur Verfügung zu stellen, um noch größere Katastrophen von den Bürgerinnen und Bür-

gern abzuwenden. Wobei es schon ein Hohn ist, dass sich dieselben Politiker, die z. B. mit der Agenda 2010 Schuld an der Misere sind und die öffentlichen Kassen ruinieren, heute mit neuen gigantischen Staatsverschuldungen als Retter aufspielen. Was aber gar nicht geht, ist, dass Bürgerinnen und Bürger, die hier doppelt und dreifach die Rechnung für politisches und wirtschaftliches Versagen zahlen, auch noch persönlich mit ihrer Existenz haften. Wir sagen: Nötig ist ein Schutzschirm für die Menschen. Jetzt ist es an der Zeit die unsozialen Agendagesetze zurückzunehmen. Eine Verlängerung und Anhebung des ALG 1 steht wieder

auf der Tagesordnung. Leih- und Zeitarbeiter dürfen nicht schlechter gestellt werden als Stammebelegschaften. Das ALG 2 muss angehoben, für Kinder bedarfsgerecht werden und die Rente muss armutsfest sein. Es scheint, das hat mit Europapolitik nichts zu tun. Aber das ist falsch. In fast allen europäischen Ländern z. B. gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, deutlich höhere Steuersätze für Vermögende und andere Elemente größerer sozialer Gerechtigkeit. Wer will, dass diese anderswo in Europa zur Realität gehörende Politik auch in Deutschland eine Chance bekommt, hat am 7. Juni eine Wahl: DIE LINKE.

L.K.

### Inhalt Maiausgabe 2/2009

Europawahl in der Krise? .....	Seite 1
Konsequent sozial - DIE LINKE im Wahlkampf .....	Seite 1
Kinderarbeit - ein weltweites Problem .....	Seite 2
Diätenspende Diana Golze .....	Seite 2
Interview mit René Kretzschmar.....	Seite 3
Entwicklung in der Stärkefabrik .....	Seite 4
Kinderfest im Waldcafé Görden .....	Seite 4
„Ich hab schon lange eine Finanzkrise“ .....	Seite 4
Verpuffte Rentenerhöhung .....	Seite 5
Bürgerhaus in Hohenstücken - Perle im Stadtteil .....	Seite 5
Finanzplatz Europa .....	Seite 6
DIE LINKE und der Lissabon-Vertrag.....	Seite 6
Europas Rechte .....	Seite 7
Entstehung des EU-Rechts .....	Seite 7
Frieden stiften - Europa als Vorreiter.....	Seite 7
Großdemonstration in Berlin .....	Seite 8
„Honeckers Erben“ - Buchkritik .....	Seite 8
Kinderarmut .....	Seite 8
Schlecht bezahlte Leiharbeit .....	Seite 9
Frühstück für Jedermann .....	Seite 9
Bildungspolitik der LINKEN.....	Seite 10
Anfragen aus der SVV .....	Seite 10
150 Jahre Arbeiterbewegung .....	Seite 11
Briefwahl - So funktioniert ´s .....	Seite 12

# Tausende Kinder müssen in Deutschland arbeiten

Unfreiwillige Kinderarbeit kann zu gesundheitlichen Schäden, Depressionen und schlechten schulischen Leistungen führen

Die Vorstellung, dass Kinderarbeit ausschließlich ein Problem der „Dritten Welt“ sei, ist ein in Deutschland weit verbreiteter Irrglaube. Experten schätzen, dass weltweit über 250 Millionen Kinder unter Bedingungen arbeiten müssen, die ihre Gesundheit und Entwicklung schädigen. Betroffen sind aber nicht nur, wie in den Medien oft dargestellt, indische Teppichknüpfer oder fernöstliche Spielzeughersteller. Auch in unserem Land gibt es zahlreiche Kinder, die regelmäßig arbeiten (müssen). Nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes haben etwa 700.000 Kinder einen Nebenjob. Das entspricht etwa 40 Prozent aller zwölf bis 16jährigen Schüler. Dies geschieht in der Regel freiwillig, etwa zur Aufbesserung des Taschengeldes. Die häufigsten Tätigkeiten sind dabei Zeitungen austragen, Babysitten, Hunde ausführen, Nachhilfe geben oder im landwirtschaftlichen (Familien-) Unternehmen helfen. Geregelt ist Kinderarbeit in Deutschland im „Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend“. Dort heißt es unter anderem, dass die gewerbliche Beschäftigung von Kindern

grundsätzlich verboten ist. Als Kind zählt, wer das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Für Jugendliche, die noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen, gilt die Regelung analog. Kinder ab 13 Jahren dürfen unter eng gesteckten Voraussetzungen beschäftigt werden. So muss etwa der Sorgeberechtigte zustimmen und die Tätigkeiten müssen für Kinder „geeignet“ sein. Sie dürfen sich weder auf die Sicherheit, Gesundheit noch die Entwicklung der Kinder negativ auswirken oder deren Schulbesuch beeinflussen. Der Grat zwischen sinnvoller legaler Beschäftigung und illegaler Ausbeutung ist allerdings schmal. Bedenklich wird eine Beschäftigung von Kindern und jungen Heranwachsenden spätestens dann, wenn sie zur Aufbesserung des zu geringen Familieneinkommens arbeiten müssen. Nach Schätzungen der Caritas leben zwei bis drei Millionen Kinder in Deutschland in armen Verhältnissen. Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze ist ein Anstieg der Kinderarbeit in Deutschland zu beobachten. Die Folge sind nicht selten schlechtere schulische Leistungen, eine hohe nervliche

und körperliche Belastung und unter Umständen sogar physische oder psychische Verletzungen. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Effekt ist, dass durch die Beschäftigung von Kindern als billige Arbeitsplätze nach Schätzungen des deutschen Kinderhilfswerkes rund 900.000 reguläre Vollzeit Arbeitsplätze verloren gehen. Trotzdem ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Kinder-

arbeit in Deutschland hoch. Viele Eltern und Pädagogen argumentieren, dass der Kinderarbeit eine Menge positive Seiten abzugewinnen seien. Kinder machen neue Erfahrungen, erwerben Wissen und Kompetenzen, gewinnen Selbstachtung und Unabhängigkeit, Stolz und Anerkennung. Auch Kinder sehen das oft so: Während viele Schule und Hausaufgaben als lästige und anstrengende „Arbeit“ empfinden, ist Geldverdienen

für sie attraktiv. Zusammenfassend lässt sich sagen: Nicht akzeptabel ist Kinderarbeit, wenn Kinder arbeiten müssen, um das Einkommen der Familie zu verbessern oder weil sie sonst überhaupt kein Taschengeld hätten. In diesem Zusammenhang sind auch die Hartz-IV-Regelungen kritisch zu hinterfragen und ist auf eine politische Auseinandersetzung mit diesem Thema zu drängen. H. Ja.



Kinderarbeit schädigt Gesundheit und Entwicklung eines Kindes

## Diätenerhöhung gespendet

Diana Golze spendet regelmäßig für Projekte vor Ort

Die Bundestagsabgeordneten der CDU-/CSU-Fraktion und SPD haben am 16. November 2007 gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages eine

schrittweise Erhöhung der einkommensteuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung („Diäten“) zum 1. Januar 2008 auf 7.339 Euro (um 4,7 Prozent, 330 Euro) und zum 1.

Januar 2009 eine weitere Erhöhung auf 7.668 Euro (um 4,48 Prozent, 329 Euro) beschlossen.

Die Fraktion DIE LINKE belässt es nicht bei einem einfachen NEIN zur Diätenerhöhung. Vielmehr spenden alle Mitglieder der Fraktion die Nettosumme ihrer Diätenerhöhung.

Seit dem 1. Januar 2008 spendete die Bundestagsabgeordnete Diana Golze 3.790 Euro an 15 Projekte und Träger in ihrem Wahlkreis. Nach Brandenburg an der Havel gingen davon 750 Euro. Je 250 Euro erhielten der Behindertenbeirat, der Verein Alleinerziehender Mütter und Väter in ihrem Wahlkreis, das Jugendhaus „Café Contact“.

P.Z.



Diana Golze spendet ihre Diäten-Erhöhung regelmäßig.

### Monatliche Spenden

#### 2008

- 250 € Behindertenbeirat Brandenburg an der Havel
- 250 € Jugendfanfarezug Belgiz
- 290 € Krisen- und Beratungszentr. f. Frauen in Rathenow
- 250 € Literatur- und Theatercafé des Nachbarschaftsheimdes in Jüterbog
- 250 € Förderverein der Grundschule Rathenow West
- 250 € Verein Alleinerziehender Mütter und Väter in Brandenburg an der Havel
- 250 € Belziger Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt
- 250 € Deutsch-Französische Gesellschaft Premnitz e.V.
- 250 € Behindertenverband Jüterbog e.V.
- 250 € Premnitzer Kita „Waldhaus“
- 250 € Verein für Arbeit und Leben in Belgiz
- 250 € Petzi's Kinderland in Jüterbog

#### 2009

- 250 € Tee- und Wärmestube in Werder/Havel
- 250 € Café Contact in Brandenburg an der Havel
- 250 € Kita Glühwürmchen e.V. in Jüterbog

# „Kein Einzelkämpfer, sondern Teil eines Teams“

Interview mit dem Landtagskandidaten der LINKEN René Kretzschmar

*Frage: Herr Kretzschmar, wie kriegen Sie Ihr Studium der Politikwissenschaften und Pädagogik unter einen Hut mit Ihren zahlreichen politischen Ämtern als Stadtverordneter, Mitglied in drei Ausschüssen, Vorsitzender des Stadtverbandes und jetzt auch Landtagskandidat der LINKEN für die Wahl am 27. September?*

Antwort: Mit meinem Studium an der Universität Magdeburg bin ich so gut wie fertig. Ich muss nur noch einige Seminararbeiten und dann meine Magisterarbeit schreiben. Wenn die Magisterarbeit abgegeben ist, folgen die Abschlussprüfungen.

Für meine verschiedenen politischen Ämter bin ich fast jeden Abend, in der Regel zwischen 18 und 21 Uhr, tätig. Ich möchte mich aber darüber nicht beschweren, denn ich habe das vorher gewusst und mir bewusst ausgesucht. Ich investiere gern meine Zeit, um etwas zu verändern.

*Frage: Wer unterstützt Sie bei Ihrer politischen Arbeit?*

Antwort: Ich bin kein Einzelkämpfer, sondern Teil eines Teams von engagierten Mitstreitern und Mitstreiterinnen. Einen großen Teil der Parteiarbeit nehmen mir meine beiden stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden Ilona Friedland und Lutz Krakau ab. Und unsere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung besteht aus 11 Abgeordneten. Da hat jeder seinen eigenen Aufgabenbereich. Und so wird es auch in der Landtagsfraktion sein.

*Frage: Ihre Chancen am 27. September in den neuen Brandenburger Landtag gewählt zu werden, stehen gut. Werden Sie Ihre bisherigen Ämter auf kommunaler Ebene behalten können?*

Antwort: Mein Mandat als Stadtverordneter möchte ich auf jeden Fall behalten. Meine Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen werde ich fortführen, soweit meine Zeit dies zulässt.

*Frage: Welche Vorteile hätte das aus Ihrer Sicht?*

Antwort: Durch die Verknüpfung von kommunaler und Landesebene würden wir zum Beispiel neue Förderprogramme schneller kennen. Zum anderen könnte ich mich auf Landesebene für die Interessen der Stadt einsetzen. Das ist wichtig, da unsere Heimatsstadt auf Landesebene bisher leider nicht den Stellenwert genießt, der ihr gebührt. Da steht bisher fast immer nur die Landeshauptstadt Potsdam im Mittelpunkt. Das möchte ich ändern. Immerhin ist Brandenburg an der Havel der Namensgeber für das gesamte Land.

*Frage: Wann starten Sie in die aktive Wahlkampfphase?*

Antwort: Das Jahr 2009 ist ein Superwahljahr. Vor der Landtagswahl am 27. September findet am 7. Juni die Europawahl statt. Hier ist unser vorrangiges Ziel eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen, als bei der letzten Wahl für das europäische Parlament vor fünf Jahren. Wir werden mit Infoständen in allen Stadtteilen vertreten sein und unter anderem auf die Möglichkeit der Briefwahl hinweisen. Schwerpunkt wird der letzte Samstag direkt vor der Wahl sein, da Analysen zeigen, dass sich viele Wähler erst kurz vor der Wahl entscheiden. Die heiße Phase für die Landtagswahl im September wird etwa vier Wochen vor der Wahl beginnen. Erste Aktionen planen wir für Juli.

*Frage: Welche Themen wollen Sie nach Ihrer Wahl in den neuen Landtag als erstes angehen?*

Antwort: DIE LINKE diskutiert gerade das umfassende Landtagswahlprogramm welches nach ausführlicher Debatte im Juli beschlossen werden soll. Aus diesem wird dann sicher auch ein Programm für die ersten einhundert Tage nach der Wahl hervorgehen. Das Programm wird deutlich machen, in welche Richtung sich Brandenburg weiter entwickeln soll:

mit Arbeitsplätzen, die Existenz sichernd sind, mit guter Bildung für alle, bezahlbaren Lebensumständen und mit besseren Lebensbedingungen für Kinder.

*Frage: Wie reagieren Sie auf Vorwürfe, ein Mindestlohn würde tausende Arbeitsplätze vernichten?*

Antwort: In 20 der 27 europäischen Länder sowie beispielsweise in den USA, Kanada und Japan gibt es bereits einen Mindestlohn. Nirgends gab es negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit tausenden Entlassungen, wie dies in Deutschland gern als Horrorszenario beschworen wird.

Über die Höhe dieses Mindestlohnes wird noch zu verhandeln sein. Er muss auf jeden Fall auch für all die hart arbeitenden und bisher schlecht bezahlten Menschen ein menschenwürdiges Leben über dem Existenzminimum ermöglichen. Dies wird vor allem die Dienstleistungsbranche betreffen. Hier sind zum Teil Löhne von unter fünf Euro pro Stunde brutto üblich.

*Frage: Welche Konzepte hat DIE LINKE im Bereich Bildungspolitik?*

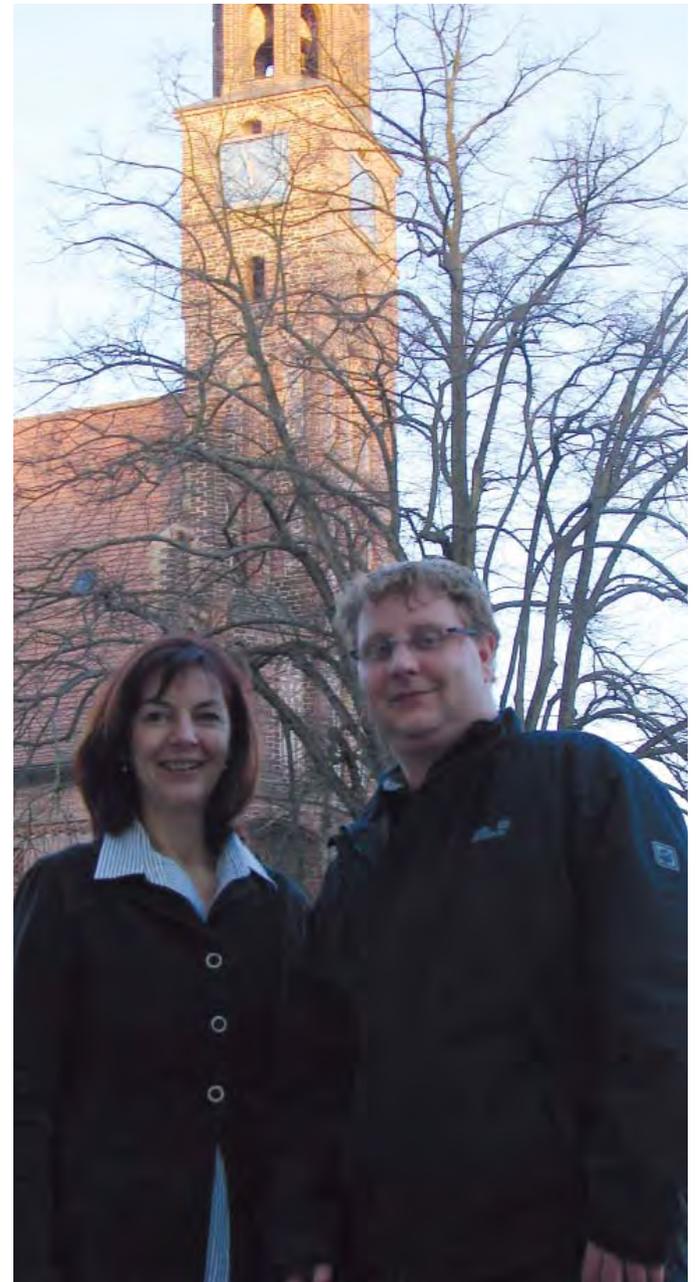
Antwort: Wir treten für gemeinsames Lernen und ein Höchstmaß an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwachsenden nach seinen Stärken und Schwächen fördern zu können. Dass dieser Ansatz erfolgreich ist, haben uns die skandinavischen Länder und Sieger der PISA-Studien vorgemacht. Daran sollten wir uns orientieren. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin ist die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation. Kurz gesagt brauchen wir als Erstes kleinere Klassen und eine intensivere Betreuung. Wie dies finanzierbar ist, zeigen wir in unserem Wahlprogramm ausführlich auf.

*Frage: Zum Abschluss die Frage, wie verbringen Sie Ihre Freizeit?*

Antwort: Ich fahre gern mit dem Rad und mache überwiegend Touren rund um Brandenburg. Ansonsten lese ich gerne, um mal abzuschalten und wenn es die Zeit hergibt, mache ich mit meiner Lebensgefährtin Kurztrips in andere Städte oder an die Ostsee. Vielen Dank für das Gespräch. Den Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN fin-

den Sie im Internet unter [http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/1\\_LPT/Leitantrag\\_Wahlprogramm.pdf](http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/1_LPT/Leitantrag_Wahlprogramm.pdf)

Wer Fragen oder Anregungen an René Kretzschmar hat, erreicht ihn in der Geschäftsstelle der LINKEN, Altstädtischer Markt 2, Telefon: 03381 - 224733 oder per E-Mail: [Rene.Kretzschmar@dielinke-stadt-brb.de](mailto:Rene.Kretzschmar@dielinke-stadt-brb.de).



Anfang April war Kerstin Kaiser zur Beratung über den kommenden Landtagswahlkampf in Brandenburg an der Havel. Bei dieser Gelegenheit zeigte ihr René Kretzschmar die schönen Seiten der Stadt Brandenburg an der Havel. In der anschließenden Sitzung ging es um die Grundlinien und Projekte des Landtagswahlprogrammes, welches im Juli nach umfassender Diskussion in Partei und Öffentlichkeit verabschiedet werden soll.

Schwerpunkte im Landtagswahlprogramm werden die Themen existenzsichernde Arbeitsplätze, gute Bildung für alle, und bezahlbare Lebensumstände in allen Regionen des Landes Brandenburg. Die LINKE möchte mit dem Landtagswahlprogramm ein anderes Politikangebot ins Wahlrennen schicken und hofft dabei auf ein ebenso erfolgreiches Abschneiden wie bei den letzten Landtagswahlen.

# Gut, wenn man Parteifreunde hat

Bei der Brachflächenentwicklung misst die Stadt scheinbar mit zweierlei Maß



Aktueller Blick auf die ehemalige Stärkefabrik

Der Brandenburger Projektentwickler Detlev Delfs (CDU) ist bei seinem Parteifreund, dem Baubeigeordneten Michael Brandt (CDU), scheinbar gut gelitten. Sein Projekt, einen schönen großen REWE-Markt auf dem Gelände der früheren Kammgarnspinnerei zu entwickeln, wird offenbar wohlwollend geprüft und als gut befunden. Brandt lobt die frühzeitige Anfrage des Entwicklers Delfs. So konnte er diesem schon im August vergangenen Jahres mitteilen, dass eine Baugenehmigung für einen Lebensmittel-Vollsortimenter sowie einen Getränkemarkt auf dem Gelände der ehemaligen Kammgarnspinnerei möglich sei, soweit der Nachweis erbracht wird, dass keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche zu er-

warten sind. Das ist für die Entwicklung der Stadt eine gute Sache. Auch wenn das

Verfahren, das Brandt hier wählen will, nicht unumstritten ist, bleibt doch die Hoffnung, dass auf dem dringend zu entwickelnden Areal der Kammgarnspinnerei bald etwas Positives geschieht. Doch Delfs ist nicht der Einzige, der in Brandenburg Brachflächen entwickeln will. Ein anderer Investor will die Brache der ehemaligen Stärkefabrik an der Umgehungsstraße entwickeln. Auch das sollte ein wohlwollendes Interesse bei den Stadtentwicklern hervorrufen. Doch hier sieht die Sache anders aus. Dieses Projekt wird von der Verwaltung nicht so positiv gesehen. In der Stadtverordnetenversammlung hat der Baubeige-

ordnete Brandt dazu gesagt, er wolle kein totes Pferd satteln. Auch will Brandt im August 2008 noch nichts von der Absicht zur Ansiedlung eines EDEKA-Marktes auf dem Gelände der früheren Stärkefabrik gewusst haben. Merkwürdig, diese mangelnde Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung. Bereits im März 2008 gab es Gespräche des Investors mit der Wirtschaftsförderung und der Oberbürgermeisterin. Und erst im September wurde der zuständige Baubeigeordnete Brandt informiert? Der Eindruck, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, drängt sich geradezu auf. A. M.



Eine Konzeptskizze des Areals, zur Verfügung gestellt von dem Architekturbüro Kunz + Partner

# Kinderfest

Vorbereitungsteam braucht Unterstützung für 14. Juni 2009

Am Sonntag, 14. Juni, findet in der Zeit von 10 bis 18 Uhr das siebte Kinder- und Familienfest rund um das Waldcafé Görden statt.

Das traditionelle Fest richtet sich an Kinder, Eltern und Großeltern. Die Schirmherrschaft hat die Bundestagsabgeordnete Diana Golze (DIE LINKE) übernommen. Vorbereitet wird das große Kinder- und Familienfest durch Mitarbeiter der LINKEN, die Partei für soziale Gerechtigkeit und Arbeit in Deutschland (PSGAD) sowie Gruppen der Volkssolidarität.

Für die Vorbereitung sucht das Festkomitee noch tatkräftige Unterstützung. Benötigt werden unter anderem Preise, Süßigkeiten, Luftballons, Artikel für den Trödelmarkt und Kuchen. Auch Helfer für die Bastelstände, Sportwettbewerbe, die Beaufsichtigung der Hopseburg sowie für den Verkauf von Kaffee und Kuchen sind herzlich willkommen.

Wer Interesse hat, das Fest zu unterstützen oder Preise, Geld, Luftballons sowie andere Dinge sponsern möchte, kann sich in der Geschäftsstelle der LINKEN, Altstädtischer Markt 2 oder telefonisch unter der Rufnummer 03381-224733 melden. Ansprechpartnerin ist Rosi Musesold. R.M.

# „Ich habe schon lange eine Finanzkrise“

Die Finanzkrise erschüttert die Welt, aber erschüttert sie auch unser alltägliches Leben? Eine Friseurin drückte es jüngst bei der monatlichen Haarpflege so aus: „Mich regt das nicht auf. Ich habe schon jahrelang eine Finanzkrise.“ Das Gespräch gipfelte in der Frage: „Warum waren die Hunderten von Milliarden Euro, die man jetzt den Banken, den notleidenden Autoproduzenten und anderen Konzernen zuschiebt, vorher nicht da, um diese Finanzkrise der einfachen Leute zu

überwinden?“ Warum ist das wohl so? Weil die Regierung mit Milliarden Steuergeldern ganz bewusst ein Wirtschaftssystem bewahren will, in dem viele Millionen Steuerzahler, wie die Friseurin, ihre persönlichen Finanzkrisen nie überwinden können. Dabei ist es dringend erforderlich, dieses Wirtschaftssystem grundlegend zu ändern. Wenn die Friseurin möchte, darf sie sich daran beteiligen. Denn das Grundgesetz schützt nicht den Kapitalismus, sondern die

freiheitlich demokratische Grundordnung. Es schützt also eine Ordnung, in der die Menschen frei und demokratisch darüber entscheiden, in welchem Wirtschaftssystem sie leben wollen. Das kann der Kapitalismus sein, die soziale Marktwirtschaft oder ein demokratischer Sozialismus. Wie aber könnte der aussehen? Es hat jedenfalls nie einen demokratischen Sozialismus gegeben. An keinem Ort der Welt hat er sich je beweisen dürfen. Um ihn ken-

nenzulernen, muss begonnen werden, ihn zu entwickeln. Das Grundgesetz mit seinem Sozialstaatsprinzip ist ideal für einen demokratischen Sozialismus. Er will eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Er zwingt Niemanden zu seinem Glück. Er stellt sich Wahlen. Und er steht zur Wahl, für die Friseurin und alle Anderen, das nächste Mal am 7. Juni 2009. Wolfgang Nešković, MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag



# Rentenerhöhung verpufft

Regelleistung an Rentenentwicklung gekoppelt /Steigerung um 23 Cent

Ist die Rentenanpassung zum 1. Juli diesen Jahres die längst fällige deutliche Erhöhung oder doch nur ein Wahlgeschenk? Im Superwahljahr 2009 scheinen besonders die konservativen und rosaroten Parteien ihre Wählerstimmen sichern zu wollen.

Beschlossen wurde, dass die Bezüge der RenterInnen in den alten Bundesländern um 2,41 Prozent und um 3,38 Prozent in den neuen Bundesländern steigen. Dies entspricht bei 800 Euro Rente rund 27 Euro mehr pro Monat. Nimmt

man eine Rente in Höhe von 1.000 Euro als Grundlage, steigen die Bezüge um etwa 33 Euro.

Trotz der geplanten Erhöhung werden viele RenterInnen kaum mit ihrer Rente auskommen. Die Inflation frisst die Erhöhung auf, gestiegene Kosten der Energieversorgung, die gestiegene Mehrwertsteuer, Gesundheitsreform, Steuerreform und natürlich die Schutzschirme für die Banken tun ihr Übriges.

Die Anhebung der Regelsät-

ze für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II ist an die geplante Rentenerhöhung gekoppelt. Um 2,41 Prozent werden die Regelsätze bundesweit zum Juli angehoben. Die Regelleistung steigt von bisher durchschnittlich 351 Euro auf rund 359 Euro. Dass dieser Betrag gerade das Überleben, nicht aber ein Leben in Würde sichert, zeigt folgender Wert: 4,55 Euro hat ein Alleinstehender ALG-II-Bezieher ab Juli täglich für Essen zur Verfügung, ganze 23 Cent mehr als bisher. P.Z.

## Die Perle Hohenstücken's

Bürgerhaus Hohenstücken - Geradlinigkeit in der Stadtentwicklung

Frankfurt/Oder, Frankfurt/Main, Berlin, Köln, sie alle haben sie: sanierungsbedürftige, problembehaftete Stadtteile. Überwiegend gekennzeichnet von einer schwierigen Sozialstruktur gelten diese als soziale „Brennpunkte“. Der Stadtteil Hohenstücken scheint exemplarisch dafür zu stehen.



Das Bürgerhaus in Hohenstücken vor der Umgestaltung - kein beliebter Treffpunkt

Einst als ein „Prachtviertel“ mit strikter Funktionstrennung konzipiert – es sollte nur gewohnt und Kinder aufgezogen werden – setzte nach 1990 ein Abwärtstrend ein, der von Migrationsbewegungen, räumlicher Trennung sozialer Gruppen, Wohnungsleerstand und einem schleichenden Imageverlust begleitet wurde. War Hohenstücken zu DDR-Zeiten ein bevorzugter Wohnstandort, entwickelte sich das Gebiet nach der Wende zurück. So

schrumpfte die Einwohnerzahl auf fast die Hälfte.

Auch das Stadtumbaukonzept der Stadt für Hohenstücken griff nur bedingt. Obwohl von „Rückbau“ und „Umbau“ für die Aufwertung des Wohnungsumfeldes die Rede ist, muss wohl eher von sinnentleertem Kahlschlag ohne Perspektive und Nachhaltigkeit gesprochen werden. Das von der Oberbürgermeisterin eher als Ballast angesehene Hohenstücken beginnt mit Hilfe vieler engagierter Bürger und linker politischer Kräfte diesen Trend umzukehren.

Mit der Schaffung des Bürgerhauses Hohenstücken als sozio-kulturelles Zentrum und wichtigstes Stadtentwicklungsinstrument sind die Erfolge direkt beobachtbar. Nicht nur der Zuspruch

der Bürger, sondern auch das Interesse anderer Städte und Bundesbehörden an der Arbeit dieser Institution, fördern nachhaltig den Fokus auf die Aktivitäten des Bürgerhauses und die Entwicklung Hohenstückens.

Das breite Spektrum der Leistungen des Bürgerhauses erstreckt sich von Beratungen über Information, Integration bis hin zu gastronomischen Angeboten. Die im Haus ansässigen Vereine und Einrichtungen zeichnen sich durch ein soziales Miteinander aus, welches sich gerade bei Großveranstaltungen zeigt.

Die genannten Umstände sorgen dafür, dass selbst eine stets „hohenstückenverdrossene“ Oberbürgermeisterin plötzlich vor Begeisterung für den Stadtteil und das Bürgerhaus nur so spricht. I. S.



Richtig gut besucht bei der Eröffnung und heute ein beliebter Bürgertreff.



Die Freude über den Rentenbescheid ist meist nur kurz

Kommentar

## Steigende Renten

Die Renten klettern in diesem Jahr nach vielen Jahren der Stagnation oder ganz kleinen Steigerungen nicht nur spürbar, sondern werden im Osten sogar noch zusätzlich um knapp ein Prozent erhöht. Doch der liebe Schein trägt. Jahr für Jahr gibt es eine Inflationsrate – seit fünf Jahren stehen die Rentenerträge im Minus. Um 8,5 Prozent verloren sie allein durch diese Inflation an Kaufkraft.

Außerdem stehen in diesem Jahr Wahlen an. Und 20 Millionen Rentner sind eine Macht. Es ist somit alles – nur kein ehrlich gemeintes Rentnergeschenk. Dahinter steckt vielmehr blanke Angst der bürgerlichen Parteien CDU, SPD und der FDP.

Wenn die Wahlen vorbei sind, wird man vielleicht froh sein müssen, dass die Renten nicht abgesenkt werden. Selbst daran ist schon gedacht worden. Damit dürfte auch klar sein, dass die Rentner, betuchte und angehende Millionäre mal ausgenommen, auch weiterhin auf der Verliererseite stehen. Noch härter

trifft es die „Ostrentner“, die sich auch 20 Jahre nach der Wende mit etwa 87 Prozent der Westrente begnügen müssen, obwohl auch sie mit ihrer Hände Arbeit das Land wieder aufgebaut haben. Wenn die Angleichung so weitergeht wie bisher, soll das ganze Prozedere noch 160 Jahre dauern, wollen Experten herausgefunden haben.

DIE LINKE hat sich eindeutig positioniert und betrachtet diese Rentenerhöhung als ein Wahlgeschenk der Regierung. Wiederholt hat DIE LINKE bereits im Bundestag auf die Benachteiligung der Rentner, insbesondere jener aus dem Osten, hingewiesen. Übrigens als einzige Partei. Außerdem hat sie für eine menschenwürdige Mindestrente plädiert, die in trauter Gemeinsamkeit von den anderen Parteien abgeschmettert wurde.

Die prozentuale Anhebung ist ungerecht, denn ausgerechnet jene, die das Geld dringend brauchen, werden mit kleinen, kaum spürbaren Anhebungen abgespeist. W.W.

# Europa ist mehr als ein Finanzplatz

Interview mit Helmuth Markov, seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments

*Mit 41 von 785 Abgeordneten im europäischen Parlament sind die Linken eine kleine Fraktion. Sie sind einer der sieben deutschen Linksabgeordneten. Wie sieht Ihre Bilanz nach nunmehr 10 Jahren aus?*

Markov: Als ich zum ersten Mal ins Europäische Parlament einzog, bestand die EU aus 15 Mitgliedstaaten. Heute sind es 27. Das Kräfteverhältnis hat sich ganz deutlich zu Gunsten einer neoliberalen Politik verschoben. Dennoch konnten wir vor dem Hintergrund der wechselnden Mehrheiten Zustimmung bei Abstimmungen im Plenum erreichen. So bei der Forderung nach Einführung von Mindestlöhnen in allen Mitgliedstaaten der EU, für die Festlegung eines konkreten Fahrplans für die Verringerung der Armut und insbe-

sondere der Kinderarmut in der EU, für die Verhinderung der Liberalisierung von Dienstleistungen in Häfen, für die Abmilderung - wenn auch nicht Verhinderung - der Dienstleistungsrichtlinie, für die weitgehende Beibehaltung der kommunalen Selbstbestimmung beim ÖPNV oder für eine arbeitnehmerfreundliche, europaweite Regelung der Lenk- und Ruhezeiten von Fernfahrern, für die kritische Bewertung des Schutzes der Menschenrechte in der Europäischen Union durch das Europäische Parlament oder für die Durchsetzung einzelner Positionen im Zusammenhang mit der Anwendung biometrischer Daten in Pässen und Reisedokumenten und die in wichtigen Teilen gelungene Entschärfung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.

Wichtig war und ist uns die enge Verbindung zu den außerparlamentarischen Bewegungen. Wir waren und sind außerhalb des Parlaments Gesprächspartner für Gewerkschaften, Friedensinitiativen, Arbeitslosenverbände, für die Antiprivatisierungsbewegung, für die „Initiative für das Europäische Bürgerbegehren“ und verschiedenste Nichtregierungsorganisationen, für die Landesvertretungen von Bundesländern in Brüssel, für Botschaften, aber auch für Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern sowie für regionale Gebietskörperschaften. Durch meine Arbeit im Europäischen Parlament, durch die Vielzahl von Gesprächen mit Präsidenten, Managern, Geschäftsführern, Gewerkschaftern, Friedensaktivisten, Reichen und Armen bin ich heute mehr denn je davon überzeugt, dass man global denken, aber regional handeln muss. Anders wird es auf Dauer nicht gehen.

*Die Finanzkrise hat auch auf europäischer Ebene etwas bewirkt.*

Markov: Sicher. Beschlossen wurde ein Europäisches Konjunkturprogramm über 200 Mrd. € - finanziert zu 80 % von den Mitgliedstaaten, zu 20 % aus EU-Mitteln, der Rat befürwortete dazu beispielsweise zusätzliche europäische Kre-

dite für die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen, Klimaschutzmaßnahmen und Infrastrukturausbau sowie die zeitweilige Aussetzung bestimmter Beihilfe- und Vergaberegeln. Auch wurde angeregt, auf Ebene der Mitgliedstaaten über Mehrwertsteuerermäßigungen in bestimmten Sektoren und „direkte Beihilfen für [...] insbesondere die einkommensschwächsten Haushalte“ nachzudenken. Gleichzeitig beriet das Europaparlament über Vorschläge der Kommission zur EU-weiten Regulierung von Rating-Agenturen sowie zur verstärkten Einlagensicherungspflicht von Banken. All dies sind durchaus begrüßenswerte und von der LINKEN seit langem geforderte Ansinnen.

*Aber?*

Markov: Was fehlt, ist eine ganz grundlegende Änderung der Politikausrichtung in der EU und den Mitgliedstaaten: weg von einer exportorientierten Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsförderung, hin zur Stärkung der Binnennachfrage durch europäische und nationale Konjunkturprogramme, die die Massenkaukraft, also die der Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner, kleinen und mittleren Betriebe stärken. Einkommen müssten über Mindestlöhne und Anhebung des Arbeitslosengelds auf ein sozial verträgliches Niveau gehoben werden. Die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in allen Mitgliedsländern wäre ein weiterer sinnvoller Schritt. Die Privatisierung der Altersvorsorge muss gestoppt und auf europäischer Ebene durchgesetzt werden, dass die Betriebsrentenrichtlinie geändert wird - mit eingezahlten Rentenbeiträgen darf nicht länger in hochriskanten Fonds spekuliert werden dürfen.

*Worin liegen die Chancen der Linken in Brüssel und Straßburg?*

Die Menschen erwarten, dass die Politik die sich auf-

türmenden Probleme löst und Alternativen anbietet. Wir tragen jene Themen auf die Bühne Europas, welche die Bürger bewegen. Das hat den Linken in Deutschland sehr geholfen und wir müssen erreichen, dass immer mehr Menschen das auch außerhalb erkennen. Gemeinsame Leitaussagen, ein geschlossenes Auftreten der Linken vieler Länder ist dabei wichtig. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ebenso ab wie den grassierenden Sozialabbau und die drohende Altersarmut für Millionen. Es kann nicht sein, dass Reiche steuerlich entlastet werden, während viele Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Zum Teil sind das Positionen, die früher von sozialdemokratischen Parteien vertreten wurden, die sie aber aufgegeben haben.

(Weitere Infos zur Bilanz der Delegation der LINKEN in der Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments unter [www.dielinke-europa.de](http://www.dielinke-europa.de))  
Helmuth Markov, Jahrgang 1956, ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist u. a. Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel (INTA), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr und Mitglied im nichtständigen Ausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln der erweiterten Union 2007-2013.



Strasbourg

## Ist DIE LINKE gegen Lissabon?

Medien benutzen die Ablehnung des Lissabon-Vertrages durch DIE LINKE regelmäßig, um sie der „Europafeindlichkeit“ oder gar Gegnerschaft zur EU zu bezichtigen - Vergleichbares hörten wir 1996, als der Fusionsstaatsvertrag mit Berlin zur Abstimmung stand.

Damals wie heute gilt: Wer einem Vertrag nicht zustimmt, der lehnt nicht automatisch das Projekt ab. DIE LINKE will die europäische Integration - das hat sie in ihrem Europawahlprogramm deutlich erklärt. Sie lehnt aber aus guten Gründen den EU-Grundlagenvertrag ab: Unsere Ablehnung richtet sich

in erster Linie gegen die im Text enthaltenen Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gegen die Ausrichtung der EU an neoliberalen Maßstäben bei Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel, die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit von Polizei- und Sicherheitsdiensten sowie das weiter bestehende Demokratiedefizit der EU. Zudem wurde der Vertrag an den nationalen Parlamenten vorbei ausgehandelt und - bis auf Irland - ohne Volksabstimmung ratifiziert.

Natürlich sehen auch wir die Fortschritte: Erstmals könnten Bürgerinnen und Bürger

mittels eines europäischen Bürgerbegehrens ihre Anliegen an die EU-Gremien herantragen. Der Lissaboner Vertrag würde bei Inkrafttreten die Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente erweitern, einen anderen Abstimmungsmodus im Rat auf den Weg bringen und zur Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta führen. In Abwägung des Pro und Kontra hat DIE LINKE jedoch mit großer Mehrheit den Vertrag dennoch abgelehnt und nun in ihrem Wahlprogramm ihre alternativen Vorstellungen für ein anderes Europa entwickelt.

### TIPP:

28. Mai 2009,  
18.00 Uhr

Helmuth Markov:  
„Was bringt Europa für mich?“ Ein unterhaltender Themenabend zur Europawahl

DIE LINKE lädt ein zum Europaforum. Musikalische Untermalung durch Frank Viehweg

Ort: „Philipp Müller“  
Steinstraße, Brandenburg an der Havel

# Europas rechter Rand rückt in die Mitte

Rückt die extreme Rechte bei der Europawahl weiter vor?

Vieles spricht dafür, dass die extreme Rechte bei der kommenden Europawahl weiter zulegen wird. In den Niederlanden liegt die „Partij voor de Vrijheid“ des Rechtspopulisten Geert Wilders bei aktuellen Umfragen in der Wählergunst ganz vorn. Ende September 2008 holten die österreichischen Rechtsparteien „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) und „Bündnis Zukunft Österreich“ bei den Nationalratswahlen zusammen über 27 Prozent der Stimmen. Ein halbes Jahr zuvor hatte sich die rassistische „Lega Nord“ (LN) bei den italienischen Parlamentswahlen um 3,8 Prozent auf nunmehr 8,3 Prozent steigern können. Seither ist sie, zum wiederholten Mal, Teil der Mitte-Rechts-Koalition von Silvio Berlusconi. Aber auch in einigen osteuropäischen Ländern konnten sich rechtsextreme Parteien in jüngster Vergangenheit etablieren. Seit Sommer 2006 ist die „Slowakische Nationalpartei“ Juniorpartner einer Koalition

aus Sozialdemokraten und Konservativen. Der bulgarischen Bewegung „Ataka“ des Antisemiten Volen Siderov sagen Meinungsforscher derzeit um die sieben Prozent voraus.

Im Januar 2007 war es rechtsextremen Parteien mit der Formation „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) erstmals seit über einem Jahrzehnt wieder gelungen, eine eigene Fraktion im Europaparlament zu initiieren. Daran beteiligt waren neben der FPÖ und Ataka die französische „Front National“, der belgische „Vlaams Belang“, die „Großrumänienpartei“ sowie zwei Abgeordnete neofaschistischer Parteien aus Italien. Zwar zerfiel die ITS aufgrund interner Konflikte bereits im November desselben Jahres wieder, doch das Signal ist unverkennbar: Die extreme Rechte hat sich auf europäischer Ebene zurückgemeldet.

Mit der Erhöhung des Quorums zur Gründung einer Fraktion von bisher 20 auf

25 Abgeordnete, die nun aus sieben statt bisher aus sechs Staaten stammen müssen, hat das Europäische Parlament versucht, auf diese Entwicklung zu reagieren. Doch das Ansinnen, den Rechtsextremen damit Grenzen zu setzen, könnte ins genaue Gegenteil umschlagen. Denn auch die zwei rechtskonservativen Fraktionen „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN) mit rund 40 Mitgliedern und „Unabhängige/Demokraten“ mit knapp über 20 Mitgliedern geraten dadurch unter erheblichen Existenzdruck – zumal mehrere konservative Parteien angekündigt haben, sich nach der Wahl im Juni neu zu orientieren. Hier waren bisher auch die italienische Regierungspartei LN, die ausländergefeindliche „Dänische Volkspartei“ (DF), die seit Jahren die nationalliberale Koalition unter Anders Fogh Rasmussen duldet, sowie die nazistische griechische Partei LAOS organisiert. Alle drei müssen sich nun nach einer neuen Fraktion umsehen.

Oder aber, sie versuchen, den bisher weitgehend ausgegrenzten Parteien des ITS-Spektrums den Weg in die etablierten Rechtsfraktionen zu ebnet, um das Quorum zu erfüllen. Beide Szenarien würden einen qualitativen Sprung bedeuten, weil es erstmals in der Geschichte des Europaparlaments zu einer offenen Kooperation der

„Regierungsrechten“ mit dem ITS-Spektrum käme.

Carsten Hübner (Ex-MdB) ist freier Journalist und Autor der Studie „Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa – eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009“.

Aktuelle Informationen unter [www.eurorex.wordpress.com](http://www.eurorex.wordpress.com)  
C. H.



Berlusconi

(Bild: Presidenza della Repubblica)

## Wie funktioniert die EU?

Wie das EU-Recht entsteht

Rd. 80 Prozent der EU-Entscheidungen haben unmittelbare Wirkung auf die Mitgliedstaaten. Deshalb ist die Frage, wie EU-Recht entsteht und inwieweit demokratische Akteure aus und in den Mitgliedstaaten sich in diesen Prozess mit eigenen Vorschlägen einbringen können, wichtig.

Auch in Brandenburg ist die Meinung weit verbreitet, die Grundrichtung der EU würde vor allem von Brüsseler Beamten bestimmt. Dies ist aber nicht so. Natürlich legen die Europäische Kommission



Europ. Parlament in Brüssel

und ihre Generaldirektionen den Grundstein für die Gesetzgebungsverfahren. Seit 1992 sind aber zum einen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments immer umfassender geworden – mit dem Lissaboner Vertrag ist eine weitere Erweiterung vorgesehen, so dass das Europaparlament dann in den meisten Bereichen Mitentscheidungsrechte haben wird.

Zugleich sind die Mitgliedstaaten der EU – in Gestalt des Ministerrates – gleichberechtigter Gesetzgeber. Über eine ganze Reihe von Fragen entscheiden sie nach wie vor allein, so z. B. in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Mitgliedstaaten haben so maßgeblichen Einfluss auf die konkrete Gestaltung des europäischen Rechts. In der Bundesrepublik sind die Bundesregierung, der Bundestag und über den Bundesrat die Brandenburger Landesregierung

frühzeitig eingebunden. Der Bundestag und Landtage entscheiden über die Umsetzung von EU-Recht in die nationale Gesetzgebung; so behandelt unser Landtag gegenwärtig ein Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie.

Wenn eine europäische Richtlinie in Deutschland nicht die erwartete Wirkung erbringt, können deshalb nicht allein die EU-Kommission oder der Ministerrat in Haftung genommen werden. Umgedreht wären viele Regelungen bei uns nicht geltendes Recht, wenn sich Deutschland mit seinen Positionen auf EU-Ebene durchgesetzt hätte – ein anschauliches Beispiel dafür sind die Antidiskriminierungsrichtlinien (2000), denen sich Deutschland lange widersetzt und deren Umsetzung es später hinausgezögert hat, so dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten musste.

## Frieden stiften

Europa muss Vorreiter sein

Europa muss Vorreiter einer konsequenten Friedens- und Abrüstungspolitik werden. Denn aus keinen anderen Gründen als denen des Friedens und der Solidarität ist die Europäische Union einst geschaffen worden.

Erinnern wir uns: Die EU entstand auf den Ruinen des II. Weltkrieges, eines der schrecklichsten Kriege der Weltgeschichte. Doch statt im Sinne ihrer Gründer Krieg zu verhindern, sind die EU und viele ihrer Mitgliedsstaaten derzeit in unzählige militärische Konflikte verwickelt – und das weltweit.

Zwar richtet Europa nicht mehr die Waffen aufeinander, als gewichtige Kraft in der Weltpolitik schmiedet die EU aber nun die Waffen für andere und urteilt mit Bomben und scharfer Munition über andere Völker. Ob in Afrika, dem Nahen Osten, in Irak oder

Afghanistan – überall sind europäische Länder in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Dabei macht es für die LINKE keinen Unterschied, ob diese Interventionen neuerdings als „humanitär“ bezeichnet werden. Ein Krieg bedeutet immer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, er hat unzählige unschuldige Opfer, Hunger und Verelendung zur Folge. DIE LINKE lehnt deshalb militärische Auslandseinsätze der EU und ihrer Mitgliedstaaten ohne Wenn und Aber ab. DIE LINKE setzt auf friedliche Konfliktlösungen, auf den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialog zwischen den Völkern – ganz im Sinne der Gründungsväter und „Architekten“ der EU, Jean Monnet und Robert Schuman.

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE

# Großdemo „Wir zahlen nicht für eure Krise“

55.000 Menschen bei Krisen-Protesten in Berlin und Frankfurt am Main

In Berlin demonstrierten am 28. März rund 30.000 Menschen gegen das unsoziale Krisenmanagement der Bundesregierung. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ kritisierten die Demonstranten in Berlin und Frankfurt am Main die Milliardenhilfen der Regierungen für die zahlreichen in finanzielle Schieflage geratenen Banken. Es handelte sich um die größte Demonstration in Deutschland seit Ausbruch

gor Gysi, scharfe Kritik an der Bundesregierung. Der Beschluss, die Abwrackprämie nicht an Hartz-IV-Empfänger auszuzahlen, „ist ein Skandal und nichts anderes“, betonte Gysi. Die Politik lasse die „Casino-Mentalität“ der Wirtschaft zu. Die Finanzmärkte und Manager würden immer mehr „außer Rand und Band“ geraten. Sie seien „maßlos geworden“, sagte Gysi. Der Politikprofessor an der Freien Universität Berlin, Peter



55.000 Menschen erschienen zu den Demonstrationen

der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auf der Berliner Abschlusskundgebung übte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Gre-

Grottian, hat in seiner Rede zu „Demonstrationen, Streiks und zivilem Ungehorsam“ aufgerufen. Zahlreich wurde die Meinung vertreten, dass



Großdemonstration in Berlin. Treffpunkt war das Rote Rathaus.

die Gewerkschaften sich nicht dauerhaft gefallen lassen sollten, dass Deutschland eines der wenigen Länder in Europa ist, in denen der politische Streik nicht erlaubt ist. Sprüche wie „Wer Wasser predigt und Wein säuft, hat Ärger verdient“ und „Weg mit Hartz IV. Das Volk sind wir“ waren aus den Reihen der Demonstranten zu hören.

Unter ihnen war auch der DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer, der sich erst kürzlich dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac angeschlossen hat. Die Gewerkschaftsführungen hatten allerdings gekniffen. So waren nur einzelne Unterabteilungen der Gewerkschaften am Aufruf zur Demonstration beteiligt, Ge-

werkschaftsmitglieder waren hingegen zahlreich vertreten. Die Demonstration war laut und bunt, auffällig viele Fahnen der LINKEN waren zu sehen. Am 16. Mai findet die nächste Groß-Demonstration in Berlin statt, diesmal vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) getragen, unter dem Motto „Für ein soziales Europa“.

H. Ha.

## LINKE „so madig wie möglich“

DIE LINKE profitiert von stetigem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit

Pünktlich zu Beginn des Wahlkampfjahres 2009 kam es auf den Markt, das Buch „Honeckers Erben“ von Hubertus Knabe. Darin hat er die „Linken“ so madig gemacht, wie es nur möglich ist. Doch wer soll sein Buch wohl kaufen, dafür gut 20 Euro gewissermaßen zum Fenster hinauswerfen? Schließlich wissen die „Linken“ doch am besten selbst, was sie wollen und nicht Herr Knabe. Aber er denkt sicher, dass er damit der CDU im Wahlkampf einen großen Dienst erweist – natürlich vor allem auch in Berlin und im Land Brandenburg. Die bei den „Linken“ sind die Bösen, die in den anderen Parteien sollen wohl die Guten sein, sie werden nicht erwähnt. Trotzdem ist das Ganze dumm für ihn gelaufen. Die Statistik in den letzten Märztagen sagt aus, dass die „Linken“ in unserer Region viele Sympa-

thianten haben. Schließlich setzen sie sich stets für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Die benötigt übrigens auch Herr Ackermann, Chef der Deutschen Bank. Seine Vergütung für 2008 ist auf 1,4 Millionen Euro geschrumpft. Ob man eine Sammelaktion für den Armen veranstalten sollte? Übrigens, ein Mitarbeiter vom Wachschutz, mit einem Stundenlohn von fünf Euro, erhält bei monatlich 180 Stunden Arbeitszeit im Jahr 10.800 Euro Bruttolohn, in zehn Jahren 108.000 Euro und in einhundert Arbeitsjahren 1,08 Millionen! Allerdings – wer schafft schon so viele Arbeitsjahre? Nicht vergessen ist die Kassiererin, welche jetzt vor den Europäischen Gerichtshof ziehen muss, weil sie angeblich einen Pfandzettel von etwa 1,30 Euro veruntreut haben soll und deshalb nach vielen Arbeitsjahren entlassen wurde.

Da sind Herr Funke (Ex-Chef der Pleitebank Hypo-Real-Estate), Herr Ackermann sowie insgesamt viele weitere Banker besser dran. Sie haben Millionen, ja sogar Milliarden in den Sand gesetzt und dennoch werden sie in keiner Weise dafür haftbar gemacht. Der Steuerzahler kann ja dafür aufkommen. „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“. Da dieser Spruch aber scheinbar noch immer aktuell ist, muss unsere demokratische Rechtssprechung Lücken haben. Da ist wohl einiges veränderungsbedürftig – genau so wie bei fehlenden Mindestlöhnen etc. Also muss weiter für mehr soziale Gerechtigkeit gekämpft werden. Und wer steht dabei in der vordersten Reihe? DIE LINKE natürlich! Und das spricht sich immer mehr herum. Daran wird auch das Buch des Herrn Knabe nichts ändern.

E. A.

## Kinderarmut

Jedes 4. Kind lebt in Armut

Kinderarmut in der Bundesrepublik hat viele Seiten. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Diana Golze, sagte dazu: „Kinderarmut manifestiert sich als Mangel an Bildung, Gesundheit, Mobilität, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Kultur, ja sogar als Mangel an gesunder Ernährung.“ Das verfügbare Einkommen ist dabei der entscheidende Faktor. Jedes vierte Kind unter fünf Jahren lebt nach den Kriterien der Europäischen Union in relativer Armut und damit auf einem Einkommensniveau, das es von einer angemessenen sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Die Antwort auf die Kinderarmut kann nicht der weitere Abbau, sondern muss ein Ausbau des Sozialstaats sein. Am 9. Mai veranstaltet der Arbeitskreis „Gesundheit und soziale Sicherung“ der Bun-

destagsfraktion DIE LINKE von 10 bis 16 Uhr einen Fachtag zum Thema „Bekämpfung der Kinderarmut in Theorie und Praxis“ in Frankfurt (Oder). Die Kommune hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinderarmut regelmäßig zu untersuchen. Seit einigen Jahren erarbeitet Frankfurt (Oder) einen eigenen Kinderarmutsbericht und zieht daraus Rückschlüsse für kommunales Handeln. Gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus Verbänden und Organisationen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sollen Ursachen und Folgen von Kinderarmut erörtert werden. Darauf aufbauend stehen Regierungsmaßnahmen und Alternativen der Fraktion DIE LINKE im Fokus der Debatte. Interessenten für die Fachtagung können sich an das Wahlkreisbüro der LINKEN am Altstädtischen Markt 2 wenden.

D. G.

# Leiharbeit bleibt schlecht bezahlt

CDU und CSU lehnen einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche ab

Als die Wirtschaft in Deutschland noch brummte, wurden Leiharbeiter benutzt, um Auftragsspitzen abzufedern. Jetzt, wo die Gewinne sinken, sind die Zeitarbeiter die Ersten, die entlassen werden.

Deutschlands Leiharbeiter arbeiten einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zufolge europaweit unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Sie werden teilweise wie Tagelöhner behandelt und unterliegen dem Motto „Heuern und Feuern“. Die schlechten Arbeitsbedingungen zeigen sich vor allem in niedrigen Löhnen, die oft so gering sind, dass die Betroffenen ergänzende Sozialleistungen beantragen müssen. Weitere Kritikpunkte sind, dass Urlaubsansprüche teilweise nach Auftragslage abgegolten und dass Weiterbildungsmaßnahmen so gut wie gar nicht angeboten werden. Auch kommt ein echter Kündigungsschutz kaum zum Tragen. In den eingesetzten Betrieben werden die Zeitarbeiter oft als „zweite Wahl“ behandelt, da sie der Stammbesetzung die Arbeit wegnehmen oder billiger produzieren.

Möglich wurde diese Entwicklung durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), das während der Rot-Grünen Regierungszeit von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) eingeführt wurde. Es wurde im Zuge der arbeitsmarktpolitischen Reformen, unter Mitwirkung des Arbeitsmarktexperten Pe-

ter Hartz, zur Deregulierung der Leiharbeit verabschiedet. Ziel war es, Langzeitarbeitslose über dieses Instrument in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Dieser sogenannte Klebeffekt ist aber weitgehend ausgeblieben.

Das Ziel, die Leiharbeit auszuweiten, wurde erreicht, die damit verbundenen sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Ziele jedoch nicht. Dumpinglöhne, Ausbeutung und Risikoverlagerung zu Lasten der Leiharbeitnehmer haben sich verschärft und belasten die Grundsicherungssysteme zusätzlich. Der Grund dafür ist das schwammig gefasste AÜG.

*Für die rund eine Millionen Zeitarbeiter muss endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden*

Da die CDU/CSU bei der Mindestlohn-Debatte die Zeitarbeitsbranche heraushalten will und es somit kurzfristig wohl keinen Mindestlohn geben wird, muss das AÜG nachgebessert werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich verbindlich festgeschrieben werden. Die Zahl der in Leiharbeitverhältnissen Beschäftigten, ist von 400.000 vor den Hartz-Reformen bis zum Juni 2008 auf nunmehr 800.000 angestiegen. Durch die hohe Fluktuation in dieser Branche geht der DGB von rund

1,1 Mio. Beschäftigten pro Jahr aus.

Auch wenn in Zeiten der Wirtschaftskrise die Zahl der Leiharbeiter derzeit zurückgeht, kann davon ausgegangen werden, dass mit Wiederanziehen der Konjunktur die Zahl der Leiharbeiter die Millionengrenze übertreffen wird.

Wie schlimm das Ganze ausfällt, zeigt die Praxis in Krankenhäusern. Diese gründen zunehmend eigene Zeitarbeitsfirmen, um Arbeitnehmer, die bisher direkt im Unternehmen eingestellt

wurden, als Leiharbeitnehmer auf demselben Arbeitsplatz einzusetzen. Dies wird als Strategie zur Personalkostensenkung betrieben. Diese Praktik schwächt die hoch gelobte Tarifautonomie in Deutschland, weil so auch die Stammbesetzung unter Druck gerät. Somit werden nicht nur die Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche zu Verlierern, sondern auch die Stammbesetzung, da diese zunehmend durch Leiharbeiter ersetzt würden.

Selbst der Bund macht sich das Instrument Leiharbeit zu-

eigen. Eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann (DIE LINKE) an die Bundesregierung ergab, dass insgesamt 771 Leiharbeiter und somit fünfmal mehr als zum Regierungsantritt der großen Koalition in Ministerien und Behörden arbeiten. „Diese moderne Form der Sklaverei hat in den Dienststellen des Bundes nichts zu suchen.“ Die Bundestagsabgeordnete sieht „keinen plausiblen Grund, warum die Leiharbeit hier notwendig ist und ausgeweitet wurde.“ A. Kutsche

## Gleicher Lohn für Leiharbeiter

In der EU gibt es für die Bezahlung von Leiharbeitern...

- keine Regelung
- Equal-Pay-Regelung mit Ausnahmen
- Equal-Pay-Regelung für alle



Quellen: Stellungnahme des DGB zum geplanten Leiharbeitsbericht der Bundesregierung; Grafik der Hans Böckler Stiftung; <http://www.mindestlohn09.de/aktuell/>

## Frühstück für Jedermann in der Geschäftsstelle

Veranstaltung in der Geschäftsstelle erfreut sich großer Beliebtheit



Das Frühstück in der Geschäftsstelle ist immer gut besucht. Ab 9.30 Uhr lädt DIE LINKE zu Gesprächen über Politik und Stadtgeschehen ein.

DIE LINKE bietet im Kreisverband Brandenburg an der Havel an jedem dritten Mittwoch im Monat von 9.30 bis 12.00 Uhr ein offenes Frühstück für Jedermann an.

Gemeinsam kann bei einer Tasse Kaffee und leckeren Brötchen mit Vertretern der LINKEN über Politik, Stadtgeschehen oder weitere Themen diskutiert und debattiert werden. DIE LINKE freut sich über Kritik und Anregungen.

Auch Termine für individuelle Beratungsgespräche zum Beispiel zu Fragen des Arbeitslosengeld-II-Bezuges können vereinbart werden. Das Frühstück findet in den Räumen der Geschäftsstelle der LINKEN am Altstädtischen Markt 2 statt und ist kostenlos, lediglich über eine kleine Spende würden wir uns sehr freuen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch. A.M.

# Keine Schulklassen mit mehr als 24 Schülern

DIE LINKE stellt ihre Schwerpunkte im Bereich Bildungspolitik vor

Ein Themenschwerpunkt und sicher auch Streitpunkt zur kommenden Landtagswahl wird die künftige Ausrichtung der Bildungspolitik im Land Brandenburg sein. DIE LINKE hat in ihrem Entwurf des Landtagswahlprogrammes dargelegt, wie sie sich in Zukunft die Bildungspolitik vorstellt. Sie kritisiert: „Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität.“ Konkret genannt werden die folgenden drei Kritikpunkte: Zum einen sei die Personalausstattung unzureichend und zum anderen gebe es eine zu frühe Auslese. Dazu komme die chronische Unterfinanzierung des Bildungsbereiches. Trotz des bestehenden Fachkräftemangels, der sich in Zukunft noch verstärken wird, verlassen derzeit zehn Prozent der Schüler und Schülerinnen die Schule ohne einen Abschluss. Nur 13,5 Prozent aller Schüler eines Jahrgangs

erwerben einen Hochschulabschluss. DIE LINKE tritt für ein längeres gemeinsames Lernen und die Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation ein. Sie fordert, dass es keine Schulklasse mit mehr als 24 Schülern im Land Brandenburg geben soll. Denn je kleiner die Klassen, desto mehr werde persönliche Zuwendung, menschliche Wärme, soziales Lernen und Bildungsfortschritt ermöglicht. Daher soll statt des bisher praktizierten Abbaus von Lehrerstellen eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte gestartet werden, um dem ab 2013 drohenden Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Konkret heißt es im Wahlprogramm, dass die Einstellung von „mindestens 500 jungen Lehrkräften jährlich“ zu sichern sei. Zusätzlich soll auch die Anzahl der Schulpsychologen, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern aufgestockt werden.

Auf lange Sicht will DIE LINKE eine Änderung der Schulstruktur, die sich am finnischen Bildungssystem orientiert. Um dorthin zu gelangen, sollen die bisherigen Schulstandorte gesichert werden, indem Grund- und weiterführende Schulen stärker kooperieren. Weiterhin soll das System der flexiblen Eingangsphase (FLEX), in dem jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, weiter ausgebaut werden. Auch zu der in vielen Studien kritisierten schlechten Möglichkeit des Schulwechsels, beispielsweise von einer Gesamtschule auf ein Gymnasium, äußern sich die LINKEN. Durch gleiche Rahmenlehrpläne und Stundenzuweisungen für die Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien soll dieses Problem behoben werden. Die Vorstellungen der LINKEN, was sie am Bildungssystem im Land Brandenburg ändern wollen, sind sehr

konkret und ausführlich. Es bleibt abzuwarten, wie die anderen Parteien darauf reagieren und wie ihre Konzepte aussehen. Die LINKEN wissen anscheinend schon, was sie davon zu halten haben. Denn sie sagen in ihrem Wahlprogramm: „Wenn die Bildungspolitik nach der

Landtagswahl wiederum von SPD und CDU bestimmt wird, wird sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im Wahlkampf zum Trotz. Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.“  
R. K.



Schwer- und Streitpunkt im kommenden Wahlkampf wird die Bildungspolitik sein

## Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

„Ziel ist die kontinuierliche Umsetzung des Ziels barrierefrei Stadt“



**Anfragen** = Begründet durch die Brandenburger Kommunalverfassung (BbgKVerf), § 30, haben gewählte Volksvertreter das Recht, Anfragen an die Verwaltung zu stellen. Eine Beantwortung ist zwingend. Sie kann in mündlicher oder schriftlicher Form erfolgen. In der Regel geschieht dies in den Sitzungen der jeweiligen Gremien, z.B. SVV, Ausschüsse, Unterausschüsse usw.

**Welche Tätigkeiten wurden von wie vielen Asylsuchenden im Jahr 2008 in unserer Stadt durchgeführt?**

Antwort: Vor allem wurden Reinigungs- und Aufräumarbeiten im Wohnheim in der Flämingstraße sowie dessen Außenbereich angeboten. Asylbewerber dürfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur im Rahmen von „gemeinnützigen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten“ (sogenannten Ein-Euro-Jobs) tätig sein. 16 Asylsuchende

arbeiteten so im vergangenen Jahr.

**Welche Absichten und Interessen hat die Stadtverwaltung bezüglich des 1982 geschlossenen Schulteils in Wilhelmsdorf („Neuer Krug“)?**

Antwort: Das Gebäude der ehemaligen Gaststätte „Neuer Krug“ steht samt (Schul)anbau unter Denkmalschutz. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Interessenbekundungen zur Nutzung der Gebäude (Naturschutzzentrum Krugpark, VHS Bildungswerk), die aber bisher nicht zu konkreten Vorgängen führten. Das VHS Bildungswerk hat immer noch Interesse an einer Nutzung, aber derzeit nicht die finanziellen Mittel. Die Stadtverwaltung hat Interesse an einer weiteren Nutzung, aber keine eigene Nutzungsabsicht.

**Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 140/2003 (!) wurde festgelegt, dass ein**

**Konzept zur Umsetzung des Ziels „Barrierefreie Stadt Brandenburg an der Havel“ durch die Verwaltung erarbeitet werden soll und der SVV vorzulegen ist. Wurde ein solches Konzept erarbeitet, durch welche Gremien? Welche Relevanz hat dieses bei derzeitigen Bauplanungen in der Stadt? Wenn nein, warum wurde ein derartiges Konzept bisher nicht vorgelegt?**

Antwort: Der Beschluss 140/2003 bestimmt nicht konkret die Umsetzung eines solchen Konzeptes. Im September 2004 wurde auf Initiative der Behindertenbeauftragten und des Behindertenbeirates ein Konzept erarbeitet und in den Ämterumlauf gegeben. Warum es zu keiner Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung kam, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Im Jahr 2007 erließ die Oberbürgermeisterin die Rundverfügung Nr. 03/2007. Deren Ziel ist die kontinuierliche Umset-

zung des Ziels „Barrierefreie Stadt Brandenburg an der Havel“.

**Ist in Zukunft geplant, das umfassende Internetangebot der Stadt auch in Englisch anzubieten? Wer ist für bisherige Übersetzungen verantwortlich?**

Antwort: Nach langer Vorrede stellt die Oberbürgermeisterin dar, dass Brandenburg als wirtschaftliche Säule betrachtet und internationale Sportmeisterschaften ausgerichtet, bisher keinen professionellen fremdsprachigen Internetauftritt hat. Zunächst solle eruiert werden, welche Teile der Internetpräsenz in welche Sprachen übersetzt werden sollen. Die bisherigen zusammenfassenden Übersetzungen im Internet basieren teilweise auf Texten aus verschiedenen touristischen Publikationen oder stammen von Praktikanten, die im Rahmen von Projekten temporär in der Verwaltung tätig wa-

ren. Auf fehlerhafte Übersetzungen auf Hinweisschildern im Stadtgebiet hingewiesen, antwortet Frau Dr. Tiemann sinngemäß, dass auf den neuen Informationstafeln (Straße der Backsteingotik) den dafür verantwortlich zeichnenden Bauhistorikern und dem prüfenden Muttersprachler wohl keine Fehler unterlaufen würden. O.L.



Barrierefreiheit ist immer wieder ein Thema

# 1. Mai ist seit 150 Jahren Kampftag

**Aktualität des Feiertages der Arbeiterbewegung ist auch heute noch ungebrochen**

Am 1. Mai wird fast überall auf der Welt nicht nur der Beginn der warmen Jahreszeit gefeiert, sondern auch ein Stück umkämpfter Geschichte in Erinnerung gerufen.

Mit den ersten Massendemonstrationen in Australien im Jahr 1856, bei denen gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen und für einen Acht-Stunden-Arbeitstag demonstriert wurde, geriet auch die amerikanische Arbeiterschaft in Bewegung. Am so genannten „Moving Day“ wurden seit 1890 traditionell neue Arbeitsbedingungen ausgehandelt. Daneben kämpften am 1. Mai 1986 in den USA Hunderttausende mit der Niederlegung ihrer Arbeit für den Acht-Stunden-Tag und eine gerechtere Entlohnung. Dabei kam es stellenweise zu blutigen Konfrontationen mit der Polizei, bei denen auf beiden Seiten Opfer zu beklagen waren. Einige Arbeiterführer wurden sogar zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In der deutschen Geschichte ist mit den Maiunruhen („Blutmai“) vom 1. bis 3. Mai 1929 in Berlin eine bedeutende Begebenheit verbunden. Ausgehend von einem Streikaufruf der KPD, der mit dem bestehenden Demonstrationsverbot kollidierte, kam es in den Arbeiterbezirken Wedding und Neukölln zu Kundgebungen. Die Polizei ging mit rücksichtsloser Gewalt gegen die Demonstranten vor. Es gab einige Tote bei den Demonstrationen.

Die Nationalsozialisten gestalteten den 1. Mai ab 1933 zum „Nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ um, vernichteten aber bereits

am 2. Mai die freien Gewerkschaften und missbrauchten ihn für angeordnete Aufmärsche um den Klassenfrieden zu symbolisieren. Als Untergrundbewegung lebte der Leitgedanke des ersten Maises weiter, um ein Jahr nach dem Ende zweiten Weltkrieges vom Kontrollrat der Alliierten als Feiertag bestätigt zu werden. Noch verboten die Siegermächte Transparente und Flaggen, doch für die Teilnehmer der Maiumzüge bedeuteten sie Freiheit nach der jahrelangen faschistischen Herrschaft.

Ferner formierten sich die Gewerkschaften inhaltlich und begannen ihre Forderungen zunächst an den Problemen des Nachkriegsalltages auszurichten (Nahrung, Bekleidung, Unterkunft). Das erste Aktionsprogramm legte der Deutsche Gewerkschaftsbund am 1. Mai 1955 auf, gefordert wurden weniger Arbeitszeit, mehr Lohn und soziale Sicherheit und weiterentwickelter Arbeitsschutz. Die künftigen Losungen der Demonstranten lehnten sich eng an das gesellschaftspolitische Geschehen an. So wurde 1978 das „Recht auf Arbeit“, 1982 „Arbeit für alle“, nach der Vereinigung beider deutscher Staaten „Soziale Einheit in Frieden und Freiheit“ (1991) und im Jahr 2005 „Deine Würde ist unser Maß“ eingefordert.

Demgegenüber kommt es am 1. Mai immer wieder zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und linksradikalen Gruppierungen.

Der Tag der Arbeiterbewegung scheint zeitgenössisch subjektiv sehr unterschied-

lich begangen zu werden. Auf der einen Seite engagieren sich die Gewerkschaften mit Mitgliedern und Sympathisanten, für viele andere ist

es „nur“ ein freier Tag. Eines ist aber unübersehbar, der Gedanke des 1. Mai „Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in allen Bereichen“ lebt. /S.



Der 1. Mai ist seit 150 Jahren nicht nur ein Feiertag

## Was Wann Wo

**20. Mai 2009, 9.30 Uhr**  
Frühstück für Jedermann  
Geschäftsstelle

**28. Mai 2009, 18.00 Uhr**  
Helmuth Markov:

„Was bringt Europa für mich?“ im „Philipp Müller“ mit Musik v. Frank Viehweg

**27. Mai 2009, 16.00 Uhr**  
Stadtverordnetenversammlung, Altst. Rathaus

**28. Mai 2009, 17.00 Uhr**  
Lesung und Diskussion mit Herbert Graf zu „Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge.“

Fontane Club

**7. Juni 2009**

## EUROPAWAHL

**16. Juni 2009, 10.00**

Kinder- und Familienfest  
Waldcafé Görden

**24. Juni 2009, 16.00 Uhr**  
Stadtverordnetenversammlung, Altst. Rathaus

**4. Juli 2009 09.30 Uhr**  
Gesamtmitgliederversammlung, TGZ

## Kleine Aufheiterung

Treffen sich zwei, die sich kennen. Sagt der eine: „Beim Wein ist es wie in der Politik. man merkt oft erst hinterher, welche Flaschen man gewählt hat.“

Was ist der Unterschied zwischen einem Fernsehstudio und einem Irrenhaus? - Nur die Telefonnummer.

Wann sind Kinder eigentlich erwachsen? - Wenn sie nicht mehr fragen, woher sie kommen und verschweigen, wohin sie gehen.

„Tut es Ihnen nicht leid“, fragt ein enttäuschter Wähler

einen Politiker, „dass Sie nicht ins Parlament gewählt wurden?“ Darauf der Politiker: „Ganz im Gegenteil! Das, was ich alles versprochen habe, hätte ich sowieso nicht halten können.“



Was ist der Unterschied zwischen einem Zauberer und einem Politiker? - Der Zauberer gibt zu, dass er mit Tricks arbeitet.

Ein Amtsrichter während der Verhandlung zum Angeklagten: „Sie haben also behauptet, die Hälfte des

Stadtrates seien Dummköpfe. Wollen Sie widerrufen?“ Darauf der Angeklagte: „Ja, die Hälfte des Stadtrates sind natürlich keine Dummköpfe.“

Chuck Norris hat keinen Schatten. Die Wand möchte nur aussehen wie Chuck Norris.

Die Bundesregierung teilt mit: Aufgrund eines Haushaltslochs, steigender Strompreise sowie der allgemeinen Krise musste das Licht am Ende des Tunnels leider ausgeschaltet werden. Wir bitten Sie diese Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

### Impressum:

**HAVELbrandung** . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 01/2009 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel V.i.s.d.P. René Kretzschmar . E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 35.000 Stück

Redaktionsleitung: L. Krakau und A. Kutsche . Redaktionsmitglieder: A. Altenkirch, A. Conopliov, Dr. K. Erenkamp, A. Martin, I. Schulz, W. Weise

Bildnachweise: 1. Gysi by DIE LINKE im Bundestag; EuroFahne by cameraw@fotolia.com; 2. Kinderfüße by TommyWindecker@fotolia.com; DianaGolze by PetraZimmermann; 3. KretzschmarKaiser by freivonform; 4. Stärkefabrik by AndreasMartin; Grafik by Architekturbüro Kurz + Partner; Kind by JamieDuplass@fotolia.com; 5. Rente by bilderbox@fotolia.com; BürgerhausHohenstücken by freivonform; 6. Strassbourg by Photo Parlement Europeen; 7. Berlusconi by Presidenza della Repubblica@wikipedia.de; EU-Sitze by benshot@fotolia.com; 8. Großdemonstaktion by Dr.K.Erenkamp; 9. Leiharbeit@Stellungnahme des DGB zum geplanten Leiharbeitsbericht der Bundesregierung; Grafik der Hans Böckler Stiftung; http://www.mindestlohn09.de/aktuell/; Frühstück für Jedermann by PetraZimmermann; 10. Bildung by RenéSchulte@fotolia.com; SVV by bilderbox@fotolia.com; 11. 1. Mai by fineas@fotolia.com; 12. Grafiken Briefwahl by AndreasMartin

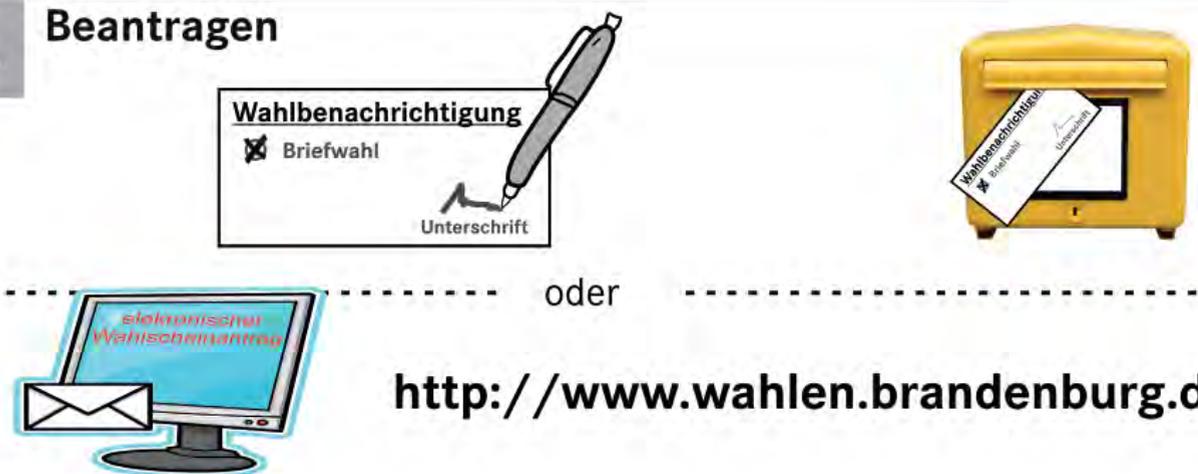
**Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE** . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel

Mo/Di/Do 9.00 - 17.00 Uhr . Mi 9.00 - 13.00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-stadt-brb.de . E-Mail info@dielinke-stadt-brb.de

# Wählen leicht gemacht!

Bereits jetzt kann per Briefwahl gewählt werden

**1. Beantragen**



oder

<http://www.wahlen.brandenburg.de>

**2. Wahlunterlagen werden per Post zugestellt**



**3. Wählen und eidesstattliche Versicherung unterschreiben**



**4. Unterlagen in die Umschläge stecken und abschicken**



bis Donnerstag,  
04. Juni 2009

Selbstverständlich können Sie auch am Tag der Wahl Ihre Stimme persönlich in Ihrem Wahllokal abgeben!

Jeder kann Briefwahl beantragen. Dazu brauchen Sie keinen besonderen Grund. Einfach die Briefwahl mit der Wahlbenachrichtigungskarte beantragen. Sie müssen die Karte unterschreiben und einfach in den Briefkasten einwerfen. Alternativ können Sie die Briefwahl auch über das Internet beantragen. Ein formloser unterschriebener Antrag reicht auch, falls Sie keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben oder diese nicht mehr finden.

Wenn Sie die Unterlagen per Post erhalten haben, kreuzen Sie auf dem Stimmzettel DIE LINKE an und stecken den Stimmzettel in den blauen Wahlumschlag.

Jetzt müssen Sie noch die eidesstattliche Versicherung unterschreiben, dass Sie den Wahlzettel eigenhändig angekreuzt haben.

Der verschlossene blaue Wahlbrief und die unterschriebene eidesstattliche Versicherung werden in den roten Wahlbrief gesteckt.

Diesen Wahlbrief werfen Sie spätestens am Donnerstag, 04.06.2009 in den nächsten Postbriefkasten. Sie können den Brief aber auch in der Stadtverwaltung beim Wahlleiter bis zum 07.06.2009 18:00 Uhr abgeben.

Bei nachweislicher plötzlicher Krankheit können Anträge auf Briefwahl noch bis 15:00 Uhr am Wahltag gestellt werden. Sie müssen dann einer Person ihres Vertrauens eine Vollmacht erteilen die Ihre Wahlunterlagen im Briefwahlbüro abholt.